

ÖDP-Fraktion im Stadtrat Mainburg

An Herrn Josef Reiser
1. Bürgermeister der Stadt Mainburg

Mainburg, 10.11.2014

Antrag - Verabschiedung einer Resolution an den Deutschen Bundestag, die Bundesregierung, die EU-Kommission und das EU-Parlament zu den geplanten Freihandelsabkommen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

im Namen der ÖDP-Fraktion bitten wir Sie, diesen Beschlussantrag dringlich zu behandeln und auf die Tagesordnung der nächsten Stadtratssitzung zu setzen.

Seit Juli 2013 verhandelt die EU-Kommission eine "Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP)" zwischen der EU und den USA. Ziel dieses Abkommens ist die weitere umfassende Deregulierung und Liberalisierung von Handelsbeziehungen und Dienstleistungen, auch in kommunal relevanten Handlungsbereichen wie der öffentlichen Daseinsvorsorge (Bildung, Kulturförderung, Gesundheit, soziale Dienstleistungen, Abwasser- und Müllentsorgung, Energie, Verkehr und Wasserversorgung). Auch in den geplanten Abkommen CETA und TiSA geht es um eine Liberalisierung des internationalen Dienstleistungshandels mit Auswirkung auf den öffentlichen Sektor. Kommunale Verbände, wie der Bayerische Städtetag, befürchten neben Auswirkungen auf die öffentliche Daseinsvorsorge auch massive Eingriffe in die kommunale Selbstverwaltung und das Beschaffungswesen der Kommunen.

Wir teilen die Ansicht des Bayerischen Städtetags, dass Transparenz in den Verfahren unerlässlich ist. Allerdings finden die Verhandlungen derzeit im Geheimen statt, unter Ausschluss der europäischen Bürgerschaft. Eine Mitwirkung der kommunalen Spitzenverbände ist nicht vorgesehen. Eine Beteiligung der Öffentlichkeit, mindestens aber der kommunalen Interessenverbände ist daher dringend einzufordern.

Wir bitten, die Stellungnahme des Bayerischen Städtetags vom 11.08.2014 in der Anlage zu beachten.

Der Deutsche Städtetag, der Deutsche Landkreistag und der Deutsche Städte- und Gemeindebund haben zusammen mit dem Verband kommunaler Unternehmen e.V. am 1. Oktober 2014 ein gemeinsames Positionspapier verabschiedet, in dem Eingriffe in die kommunale Organisationsfreiheit entschieden abgelehnt, mehr Transparenz und Beteiligung im laufenden Verhandlungsgang und ganz besonders eine Beibehaltung von Umwelt- und Verbraucherschutzstandards gefordert wird (siehe Anlage).

Noch bevor es zum Abschluss der Abkommen kommt, soll unbedingt durchgesetzt werden, dass die Interessen der Kommunen, insbesondere der Stadt Mainburg, die implizit auch im Interesse aller Bürger und Bürgerinnen unserer Stadt handelt, in erforderlichem Maße Berücksichtigung finden.

Wir möchten darauf hinweisen, dass der Bayerische Städtetag Resolutionen für sinnvoll erachtet, um den notwendigen politischen Druck auf die Verhandlungsführer der EU-Kommission, die Bundesregierung und die Abgeordneten in Europaparlament und Bundestag aufrecht zu erhalten.

Viele deutsche Städte und Landkreise haben ihren politischen Willen bereits in Resolutionen zum Ausdruck gebracht, unter anderem haben vor kurzem die Stadträte in unserer Patenstadt Landshut und in unserer Nachbarstadt Pfaffenhofen an der Ilm jeweils einstimmig so entschieden. Auch in Regensburg

und Freising wurden Resolutionen zu den Freihandelsabkommen verabschiedet.

Auch der Stadtrat der Stadt Mainburg möge daher eine Resolution mit folgendem Inhalt beschließen:

Angesichts der zu erwartenden Auswirkungen auf die kommunale Daseinsvorsorge durch das derzeit unter Ausschluss der Öffentlichkeit verhandelte Handels- und Investitionsabkommen zwischen EU und USA (TTIP), den bekannt gewordenen Inhalten des geplanten Handelsabkommens mit Kanada (CETA) sowie angesichts der laufenden Verhandlungen zu einem plurilateralen Abkommen zum "Handel mit Dienstleistungen" (Trade in Services Agreement TiSA) appelliert der Stadtrat der Stadt Mainburg an die EU-Kommission, das EU-Parlament, die Bundesregierung, sowie den Deutschen Bundestag, bei den derzeit geführten Verhandlungen über eine transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) und in weiteren geplanten Freihandelsabkommen die Wahrung der europäischen Sozial-, und Umweltstandards sowie den Schutz der kommunalen Daseinsvorsorge sicherzustellen.

Der Stadtrat wünscht in diesem Zusammenhang das klare Bekenntnis der oben genannten Gremien zu der Wichtigkeit des Subsidiaritätsprinzips, der Bedeutung der Daseinsvorsorge, und somit zur Erhaltung der Gestaltungshoheit der Kommunen bei der Daseinsvorsorge. Vor diesem Hintergrund appelliert der Stadtrat direkt an die EU-Kommission und das EU-Parlament, sowie an die Bundesregierung und an den Bundestag, dass die kommunale Daseinsvorsorge vom derzeit mit den USA verhandelten Freihandelsabkommen - und allen weiteren Handelsabkommen - explizit ausgeschlossen wird. Darunter fallen insbesondere die nicht liberalisierten Bereiche, wie die öffentliche Wasserver- und Abwasserentsorgung, die Bereiche Abfall und ÖPNV, soziale Dienstleistungen sowie alle Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge im Kulturbereich. In den Abkommen sollen in einer Positivliste Bereiche festgelegt werden, die vom Abkommen erfasst sein sollen.

Der bisherige Prozess der Verhandlungen zum Freihandelsabkommen EU-USA ist in hohem Maße intransparent und vernachlässigt die Rechte der gewählten Parlamentarier auf europäischer, nationaler und Länderebene sowie die der Kommunen. Der Stadtrat appelliert an die EU-Kommission, das Mandat über die Verhandlungen offen zu legen und über den Verhandlungsprozess regelmäßig zu berichten. Größtmögliche Transparenz bei den Verhandlungen und eine stärkere Einbindung der Zivilgesellschaft und insbesondere der kommunalen Spitzenverbände werden als zwingend für die weiteren Verhandlungen angesehen.

Dabei soll folgendes berücksichtigt werden:

Ab sofort soll mindestens ein Vertreter/eine Vertreterin für die deutschen Kommunen an den Verhandlungen teilnehmen und die kommunalen Mandatsträgerinnen in Deutschland über alle ihren Zuständigkeitsbereich betreffenden Inhalte der Verhandlungen informieren. Bevor sie verabschiedet werden, sollen die ausgehandelten Abkommen TTIP und TiSA den Interessensverbänden der Kommunen und kommunalen Mandatsträgerinnen in Deutschland zur Kommentierung vorgelegt werden. Dafür ist ein ausreichender Zeitraum vorzusehen. Die Interessensverbände der deutschen Kommunen bekommen vor Abstimmung über diese Abkommen die Möglichkeit zur Stellungnahme und Diskussion vor dem EU-Parlament beziehungsweise dem Deutschen Bundestag und Bundesrat.

Die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit müssen auch in Streitfällen gelten. Schutzklauseln für Investoren und Sonderschiedsgerichten ohne demokratische Legitimation ist eine klare Absage zu erteilen.

TTIP darf nicht nur der Wirtschaft, sondern muss allen Bürgerinnen und Bürgern dienen. Das Freihandelsabkommen darf bestehende nationale und europäische Arbeitnehmerrechte, Verbraucherschutz-, Sozial- und Umweltstandards nicht als "Investitionshemmnisse" beschneiden oder gefährden.

Der Bürgermeister wird gebeten, den Bayerischen und den Deutschen Städtetag bei deren Aktivitäten in der bisherigen Zielrichtung zu unterstützen und die Resolution an die EU-Kommission, das

EU-Parlament, die Bundesregierung, den Deutschen Bundestag sowie an den Bayerischen und Deutschen Städtetag zur Information weiterzuleiten.

Mit freundlichen Grüßen und bestem Dank für Ihre Bemühungen

Annette Setzensack

Konrad Pöppel

für die ÖDP-Fraktion im Stadtrat

Anlagen:

Positionspapier der kommunalen Spitzenverbände vom 1.10.2014

Stellungnahme des bayerischen Städtetags an die Stadt Weißenhorn vom 11.08.2014